

BERLIN**Studiengang „Lehrer für Krankenpflege“**

An der Freien Universität Berlin wird vom Sommersemester 1982 an als reguläres Angebot ein Studiengang „Lehrer für Kranken- und Kinderkrankenpflege“ eingerichtet. Der Studiengang umfaßt drei Studienjahre und schließt mit einem Diplom ab. Die jährliche Aufnahmekapazität ist auf 45 Studenten festgelegt. Organisatorisch ist der Studiengang dem Fachbereich Klinikum Steglitz zugeordnet.

Der neue Studiengang ist aus einem Modellversuch „Entwicklung und Erprobung eines dreijährigen Studienganges für Lehrkräfte an Lehranstalten für Medizinalfachberufe“ entwickelt worden. Der Akademische Senat der Freien Universität stellte hierzu fest, daß zum ersten Mal ein Studiengang aus dem medizinisch-wissenschaftlichen Bereich erprobt werden konnte, der auf einer Berufsausbildung aufbaut und eine Weiterqualifikation im Hochschulbereich ermöglicht. JK

BAYERN**74 000mal Fortbildung**

Insgesamt 74 000 Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen der ärztlichen Berufsvertretungen wurden im Jahre 1980 im Freistaat Bayern gezählt. Nach einer Zusammenstellung der Pressestelle der bayerischen Ärzteschaft besuchten fast 50 000 Ärzte die 679 Veranstaltungen der 63 Ärztlichen Kreisverbände. Die großen bayerischen Fortbildungskongresse in Augsburg, Nürnberg und Regensburg hatten über 8000 Teilnehmer, die acht regionalen Fortbildungszentren 10 300 Teilnehmer. Weitere 5600 Ärzte nahmen an Veranstaltungen der klinischen Fortbildung teil, die zusammen mit Krankenhäusern organisiert wurden.

Hinzu kommen noch die bayerischen Teilnehmer an den Fortbildungskongressen der Bundesärztekammer oder anderer Fachgesellschaften innerhalb und außerhalb Bayerns. PbÄ

NIEDERSACHSEN**Krankenhäuser durch Sozialstationen und Belegärzte entlastet**

Durch das Ausweichen auf nicht- oder teilstationäre Gesundheitseinrichtungen und durch die Förderung des Belegarztwesens könnte der Krankenhaussektor fühlbar entlastet werden. Dies erklärte der Präsident der Ärztekammer Niedersachsen, Dr. Gustav Osterwald, bei einem Presseseminar mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß Niedersachsen über ein fast lückenloses Netz von Sozialstationen verfüge, so daß bereits häufiger anstelle einer Einweisung ins Krankenhaus oder einer Aufnahme ins Pflegeheim auch häusliche Krankenpflege empfohlen werden kann. Osterwald zitierte Zahlen des Sozialministeriums, nach denen die durchschnittliche Verweildauer in den niedersächsischen Akutkrankenhäusern jetzt niedriger liegt als der Bundesdurchschnitt. 1979 konnte erstmals auch ein Rückgang der Zahl der Krankenhauseinweisungen festgestellt werden. Von 1978 bis 1979 ging dank dieser beiden Entwicklungen die Zahl der Pflegeetage im stationären Bereich um etwa 280 000 zurück. Damit zeitigt nach Dr. Osterwald auch die Verwirklichung des Grundsatzes „soviel ambulant wie möglich“ bereits erste Erfolge.

Für das kooperative Belegarztwesen, das die verantwortlichen Gesundheitspolitiker entsprechend fördern sollten, sprechen nach Dr. Osterwald qualitative und humanitäre Aspekte sowie der auch auf Grund ausländischer Erfahrungen Grund zu bestreitende Kostendämpfungseffekt. ÄPN

NORDRHEIN-WESTFALEN**Protest gegen Pflegesatzforderungen**

Gegen die für 1981 von den Krankenhausträgern in Nordrhein-Westfalen gemeldeten Forderungen zur Erhöhung der Pflegesätze haben die Landesverbände der Krankenkassen am 4. August in Düsseldorf und in Dortmund protestiert.

Nach Angaben des Verbandes der Ortskrankenkassen Rheinland (VdO) liegen den jetzt anlaufenden Einigungsverhandlungen Forderungen von durchschnittlich 15 Prozent und im Extrem bis zu 59 Prozent zugrunde, während der Landesverband der Ortskrankenkassen Westfalen von durchschnittlich 12 Prozent spricht.

Demgegenüber behauptet die Deutsche Krankenhausgesellschaft, die Forderungen lägen im Schnitt bei knapp über 10 Prozent, die Abschlüsse zwischen 5 und 7 Prozent. Die Krankenkassen haben angedeutet, die Verhandlungen eher abzubrechen, bevor sie sich auf Abschlüsse einlassen, die den Prozentsatz der vorhersehbaren Einnahmen übersteigen und damit die Beitragssätze weiter in die Höhe treiben. Würden die Forderungen ohne Abstriche erfüllt, so seien Beitragssatzanhebungen in Höhe von 10 Prozent unausweichlich.

Die Krankenkassen fordern, daß auch die Krankenhäuser, die fast ein Drittel aller Kassenausgaben beanspruchen, in die strikten prozentualen Empfehlungen der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ eingebunden werden. Außerdem soll der dem Krankenhaus zugewiesene Aufgabenbereich exakt beschrieben und durch eine Stufung nach vorgegebenen konkreten Leistungsinhalten eine Handhabe für die Wirtschaftlichkeitskontrolle gegeben werden. HC